

Bierkellern, weil sie nicht höhere Zinsen tragen. Da gibt es Millionäre, welche von Niemanden, der ihre Lage kennt, mehr etwas geborgt bekommen, weil sie nichts von ihren Scheinwerten mehr in Baar umsetzen können, und Tausende, welche früher ein nahezu fürstliches Einkommen hatten, bezahlten auch die kleinste Schuld nicht mehr, um ihren Rest Baargeld zum Lebensunterhalt aufzubewahren — wodurch natürlich der Mittelstand noch mehr leidet. Da erlauben sich die Begüterten die schäblichsten Streiche, um aus der allgemeinen Verlegenheit Vortheil zu ziehen und schlagen gleichgültig die Geschäfts- und Mannes Ehre in die Schanze. Kein Wunder, daß die vielgerühmte Wohlthätigkeit des Amerikaners kaum noch in schwachen Spuren zu finden ist. Kein Wunder, daß die Herren Gesetzgeber im Congreß wieder mit Diebstahl im Großen beschäftigt sind, wobei beide Parteien im brüderlichen Einverständnis handeln. Das eine Plündern ist Staatsräuberei für eine neue (schlechte) Eisenbahn nach Californien (etwa 200 Millionen), das andere Verwandelung der unverzinslichen Unionsschuld, welche in Greenbacks besteht, in eine verzinsliche, mittelst welcher dieses Papiergeld durch lauter Silbergeld ersetzt werden soll (300 Millionen).

Ziel zur Noth unserer Lohnarbeiter trägt auch die Getreide- und Lebensmittelzufuhr nach Europa infolge der Befürchtung eines europäischen Krieges bei, durch welche unsere Lebensmittelpreise im Vergleich zu den Löhnen viel zu hoch gehalten werden. Zugleich wird dadurch das Interesse der kleinen Ackerwirthe dem der städtischen Arbeiter noch mehr entfremdet, das Herabsinken dieser Klasse in den doch unaussprechlichen Vantrott und das Emporkommen der Arbeiterpartei verzögert. Sollte sich's aber herausstellen, daß Rußland wirklich außer Stande ist, die Kriegszurie loszulassen, so würde hierzulande die Entwicklung der sozialen Organisation viel rascher fortschreiten. Es ist förmlich ekelhaft zu sehen, wie allgemein bei uns auf einen recht allgemeinen europäischen Krieg spekuliert und sich gefreut wird. Rame dieser nicht zustande, so würde der Bankrott zahlreicher Großhandelshäuser, Eisenbahnen und Farmer den Arbeitern billige Lebensmittel liefern und die soziale Propaganda stärken — die Löhne haben ohnehin den tiefsten möglichen Stand fast allerwärts erreicht.

Der große Fortschritt der Sozialdemokratie in Deutschland, welchen die Reichstagswahlen beweisen, ist zum ersten Male unsern großen Zeitungen der Kenntnisnahme werth erschienen. Sie brachten eine lange telegraphische Depesche darüber, welche unsern hiesigen Parteigenossen wie ein Regenbogen nach der Sintfluth willkommen war, und verübten Verleumdungen a la Vogel Strauß, um ihren Lesern zu versichern, daß das Bismarck'sche Regiment dadurch noch nicht erschüttert sei — wie bedenklich auch für seinen Nachfolger das Wachstum unserer Partei werden könne. Das gab natürlich erst recht Stoff zum Lachen — eine wahre Wohlthat in dieser trüben Zeit. Der Eifer unserer Agitatoren wird durch diese Nachricht, deren verbürgte Einzelheiten wir begierig erwarten, gewiß angefeuert werden.

Sozialpolitische Uebersicht.

Die Fortschrittler im 3. Berliner Wahlkreis hatten am vergangenen Sonntag eine Wählerversammlung im Louisenstädtischen Theater anberaumt. Um nun keine Andersgläubigen hineinzulassen, weil die Herren das Licht der Wahrheit scheuen, war am Eingange zum Lokal eine Wache aufgestellt, die Jeden, der nicht bourgeoismäßig gekleidet, als petroleumverdächtig zurückwies. So erging es einer Abtheilung von 12 Arbeitern, die vergeblich Einlaß begehrten; diesmal hatte sich aber die Sicherheitswache verrechnet, denn diese zwölf waren Gewerbetreibende und bis dato gute Fortschrittler, denen nach solcher Behandlung klar wurde, wozu die Fortschrittspartei die Arbeiter gebraucht, und die nun wohl wissen werden, welchen Weg sie zu wandeln haben.

Der Nothstand in Berlin und die Versammlungen am 18. Februar 1877. Unter diesem Titel führt die „Berliner Freie Presse“ vom 20. Februar aus, wie nach preussischem Landrecht Teil II Tit. 19 § 2 das Recht der Unterthanen auf Arbeit anerkannt werde, wie von den gesetzgebenden Körperschaften die Gelder zu allerlei größeren Bauten und Arbeiten angewiesen seien, wie aber trotz alledem eine Menge derselben, ungeachtet ihrer dringlichen Nothwendigkeit für das Gemeinwohl, immer noch nicht in Angriff genommen worden seien. An sieben verschiedenen Orten in den größten Lokalen der Stadt wurden an genanntem Tage unter massenhaftem Zusammenlauf von Menschen diese Fragen diskutiert und eine Resolution einstimmig gefaßt, daß die betreffenden, bereits verwilligten Gelder in der beschlossenen Weise verwendet werden sollten, und zwar ungekürzt, da es sich darum handele, auf diese Weise den Hunger

des Volkes zu beschwichtigen, den es jetzt hat und dessen Stillung nicht aufgeschoben werden könne; daß die Verhandlungen über fernere dem Gemeinwohl höchst notwendige öffentliche Arbeiten, wozu die Mittel bewilligt seien, endlich in den betreffenden Körperschaften zum Abschluß gebracht und die Ausführungen in Angriff genommen werden sollten. Von verschiedenen Redatoren wurden die außerordentlich zahlreichen, daher gehörigen Thatfachen beigebracht. Ferner, wie man leider eine Menge öffentliche Arbeiten ohne plausible Gründe auf die lange Bank schiebe; so z. B. laute auf eine Anfrage, wann der Abschlußbau der Schöneberg-Charlottenburger Verbindungsbahn beginne, die Antwort: das Projekt für einen Bahnhof sei noch nicht fertig! Drei Jahre stehe dies schon an, das Projekt dürfe aber in drei Jahren nicht mehr fehlen; und dergleichen Dinge waren zahllos in Bereitschaft. Viele Arbeiten wurden wegen Konflikten zwischen Stadt und Staat, die noch nicht ausgeglichen seien, aufgeschoben. Andere geradezu sicherheitspolizeilich notwendige Bauten habe man noch nicht angefangen, weil das Expropriationsgesetz nicht gestatte, den zu Expropriierenden längere Termine zu stellen: da möge man ein neues, besseres beschaffen, man verleihe ja sonst das Defectiren aus dem Fundament. In erschöpfendster Weise hat man alles Einschlägige besprochen, und die „Berliner Freie Presse“ stellt noch weitere, eingehende Mittheilungen in Aussicht, von denen wir dann auch Notiz nehmen müssen. Heute genüge dieser Auszug.

Conservative Geständnisse. In der „Deutschen Reichspost“ vom 16. Februar behandelt eine Correspondenz „aus Sachsen“ die Neuwahl in Glauchau, wo „alle reichstreuen Parteien wie ein Mann“ für Prof. Virnbaum stimmen sollen. Es heißt da u. A.: „Ihr (nämlich der Fortschrittler) Verhältniß zur sozialen Frage ist genau dasselbe, wie das der National-Liberalen. Wo es darauf ankommt, dieser Frage gegenüber Stellung zu nehmen, wählen sie mit Begeisterung jeden Geldsack, der ihnen präsentiert wird. . . . Für uns ist innerhalb des schroffen Gegensatzes zwischen einem kleinen Haufen liberaler Ausbeuter und einer gewaltigen Masse sozialdemokratischer Ausgebeuteter kein Platz.“ Nachdem man sich über den „alten gekübten Durchfallscandidaten“ Virnbaum lustig gemacht, heißt es weiter: „Uns gilt der Eine wie der Andere (Brade und Virnbaum) als Gegner auf Tod und Leben. Der Unterschied ist nur der, daß der National-Liberalismus eine absinkende, die Sozialdemokratie ohne allen Zweifel eine aufsteigende Macht darstellen, die einzige, mit der wir für die Zukunft ernstlich zu rechnen haben.“ Doch wirklich? Wenn aber die Herren glauben, daß sie mit ihrer „Entrüstung“ über den „Geldsack“ und die „Ausbeutung“ noch Gimpel zu fangen vermögen, so haben sie wohl die Rechnung ohne den Wirth gemacht. Denn bekanntlich giebt es zwischen einem liberalen und einem conservativen „Geldsack“ keinen Unterschied. Zu was die Junkerei?

„Keinem Sozialdemokraten Arbeit!“ — so nennt im „Westfälischen Telegraph“ ein Wiedermann das wirksame Mittel, dem ruchlosen Treiben der Sozialdemokratie entgegenzutreten. Wir wollen weiter kein Wort über dieses bestialische Mittel verlieren; die Verfallser Ordnungsbehörden, welche ihre Gegner in Masse erschließen ließen, sind immerhin human zu nennen gegen den Menschen, der seine Gegner langsam verhungern lassen möchte. — Die Dummheit des betreffenden Menschen aber ist noch größer als seine Bestialität; durch eine solche Maßregel würde das Volk noch mehr zum Sozialismus hingeführt — dem ganzen Volke aber keine Arbeit geben, hieße selbst verhungern. Der betreffende Wiedermann allerdings hätte für seinen Vorschlag, für „sein wirksames Mittel“ den Hungertod reichlich verdient.

Zum Kapitel der Haft Unschuldiger. Wie nothwendig und dem Rechtsgefühl der Gegenwart entsprechend die von unseren Abgeordneten angeregte Entschädigung unschuldig Verurtheilter war, wird durch einen neuen, auch nach einer andern Seite lehrreichen Fall belegt. Der „Frankfurter Zeitung“ schreibt man aus Marienwerder unterm 14. Februar:

„In der ganzen Provinz und über deren Grenzen hinaus erregte die am 24. October vorigen Jahres vor dem hiesigen Schwurgericht stattgehabte Verhandlung wider den Inspektor Franz Palmowski aus Schönwalde wegen vorsätzlicher Brandstiftung nicht geringes Aufsehen. Am 13. October 1868 brannte das Wohnhaus des dem 10. Palmowski in Schönwalde gehörigen Gutes nieder, den Verdacht der Brandstiftung lenkte Palmowski damals auf den polnischen Hülfsknecht Teleszewski, und derselbe wurde trotz fortwährender Beteuerung seiner Unschuld auf Grund der Aussage des mehrfach genannten Palmowski und weiter gegen

die intelligenten Männer, welche vor ihrer Nation das Wort führen, den Frieden befähigen, statt zum Krieg antreiben, und nicht so lange vom Wolf reden wollten, bis er kommt.

Eine trübe Perspektive eröffnet sich uns beim Einblide in die Blätter dieser Zeitschriften, der „Revue des Deux Mondes“, und der „Preussischen Jahrbücher“. Wo wir das vorurtheilsfreie, versöhnende Urtheil der Gelehrten suchen, die hier ihre Essays niederlegen, vernehmen wir Schlachtrufe, welche, sind die Laute auch etwas artikulirter, an das kriegerische, nicht ganz sanftere Geschrei unserer halbwildern Ahnen erinnern. Die Geschichte ist für diese Schriftsteller nicht die Geschichte des Geistes, der die ursprüngliche Roheit überwindet und sich von der Scholle entseilt, sondern die Apotheose eines Zeitalters schwachen Denkens und brutaler Leidenschaft; sie ist für sie nicht die reiche Geschichte der Menschheit, deren Glieder die wachsende Erkenntniß und die Befriedigung der niederen Triebe immer enger verketten, sondern die armselige Geschichte eines einzelnen Stammes, der verwirrt und todtschlägt, was nicht gleiche Haut- und Haarfarbe zeigt.

In der „Revue des Deux Mondes“ veröffentlicht Herr Charles Vouandre einen Aufsatz über das historische Studium in Frankreich, welcher große Beherrschung des Fachliteratur und, soweit er sich innerhalb der wissenschaftlichen Grenzen bewegt, gesundes Raisonnement verräth. Hätte sich der Autor damit begnügt, die Geschichtsschreibung der Franzosen zu charakterisiren, so würde er nicht bloß seinem Lande, sondern auch der Wissenschaft selbst einen Dienst geleistet haben. Aber wozu schrieb Herr Charles Vouandre eine gelehrte Abhandlung? Nach Jahren letzten Seiten zu urtheilen, möchte man meinen, sie sei nur zu Papier gebracht, um Deutschland zu verkleinern, und fast drängt sich die Frage auf, ob, wenn der pseudonyme Militär Paul Mercuau der Prinz Joinville ist, der Historiker Charles Vouandre, sein unmittelbarer Vorgänger in dem Hefte der „Revue“, der Graf von Paris sei. Herr Charles Vouandre hat die neuesten Arbeiten der Franzosen auf dem Gebiete der Geschichte gewürdigt und findet, daß der Reichthum geschichtswissenschaftlicher Werke, die seine Heimat zu Tage gefördert habe, erstaunlich sei. — „und wir können“, so heißt es nun wörtlich, „den Bruckern, Tenkern, Chamaven und anderen germanischen Stämmen,

ihm erbrachter Indicien (ein angetretener Alibi-Beweis gelang ihm nicht vollständig) am 6. März 1869 wegen vorsätzlicher Brandstiftung zu 12 Jahren Zuchthaus verurtheilt. Die Strafe hat er am 19. März 1869 angetreten. Obwohl V. verurtheilt war, bezogmte die Volkstimme doch einen Andern als Brandstifter, die Stimme wurde lauter und lauter und erreichte endlich die Aufmerksamkeit des Gensdarmen Schüttel, welcher Erkundigungen einzog, die dahin führten, daß am 24. October v. J. der ebemalige Besitzer Palmowski auf der Anlagebank lag unter der ihm zur Last gelegten Beschuldigung, jenen Brand im Jahre 1868 selbst angelegt zu haben. — Zu dieser Verhandlung war auch der Hülfsknecht V. als Zeuge vorgeladen und erschienen. Die umfangreiche Beweisaufnahme lieferte gegen V. ein sehr gravirender Umstände, aber er selbst bestritt, die That verübt zu haben. Die Geschworenen erlangten aus dem geführten Indicien-Beweise nicht die volle Gewißheit der Schuld des Angeklagten und sprachen ihr „Richtschuldig“ aus, worauf er freigesprochen wurde. Die Beweisaufnahme hatte aber zur Evidenz dargethan, daß V. in jener Brandnacht in Schönwalde und nicht in Eichwalde gewesen. Der im Jahre 1869 nicht vollständig gelungene Alibi-Beweis wurde hier ausreichend geführt. Da aber gegen ihn ein rechtskräftiges Erkenntniß vorlag, so mußte er wieder nach Brandenburg zurückgeführt werden. Die Geschworenen reichten aber unter Vorlegung des altentwässerten Sachverhaltes bei dem König für V. ein „Gnadengesuch“ ein, dem der Schwurgerichtshof beitrug. Wie die „Königsberger Hart. Zeitung“ hört, hat dieses Gesuch Erfolg gehabt und ist V. am 9. Februar c. aus der Strafanstalt zu Brandenburg, wo er 8 Jahre zugebracht, in seine Heimath Reich bei Gollub entlassen worden. Sein schuldichster Wunsch, seinen alten Vater noch einmal zu sehen, ist erfüllt. Und damit basta! Dem Rechte ist genug gethan!

Wahlprotest aus Stuttgart. Wir bringen nachstehenden Protest zum Abdruck, da derselbe in knapper Form so ziemlich alle Beeinträchtigungen enthält, welche ähnlich in fast allen Wahlkreisen vorgekommen sind.

An das Präsidium des hohen deutschen Reichstages. In Folge vielfacher ungehöriger und ungezügelter Beeinträchtigungen der Wähler und Beeinträchtigung derselben in ihren politischen Rechten bei der am 10. Januar im 1. Württembergischen Wahlkreise (Stuttgart Amt und Oberamt) stattgefundenen Reichstagswahl steht sich das ergebende untergeordnete Wahlcomité der sozialdemokratischen Arbeiterpartei veranlaßt, hierdurch gegen die Verletzung der Wahl des Rechtsanwalts Julius v. Hölder bei dem hohen Reichstage Protest einzulegen und um Annullirung der Wahl zu bitten mit Rücksicht auf nachfolgende am Wahltag vorgekommene Ungeheuerlichkeiten.

In dem Orte Leinfelden versuchte nach Aussage unseres Delegirten Schauer der dortige Polizeidiener, ihn, der mit Vertheilung der Stimmzettel für den Gegencandidaten betraut war, vom Wahllokal zu vertreiben. Als Schauer trotzdem nicht wich, sah der Polizist gleichgültig zu, wie Schauer Mittags von einer Rote Banern daselbst vertrieben und bis nach dem nächsten Orte verfolgt wurde.

In Nußberg wollte der Polizeidiener dergleichen unserm Delegirten Ottenbacher vom Wahllokal wegweisen. Vor dem Wahlzimmer stand der Polizeidiener, riß den Wählern die Hülsmann'schen Fettel aus der Hand, öffnete sie und händigte ihnen Hölzer ein. Bei der Stimmzählung nach Schluß der Wahl wurde Ottenbacher die Anwesenheit im Wahllokal zur Controle verweigert und derselbe ausgewiesen.

In Ober-Sielmingen wurde unser Delegirter Pfeiffer vom Landjäger verhaftet, weil er, der nur Stimmzettel vertheilte, mit Drucksachen hantierte. Er wurde zum Schultheiß transportirt. Pfeiffer's Berufung auf das Reichswahlgesetz veranlaßte den Schultheiß zu der Antwort: „Er frage nichts nach dem Gesetz, er sei Schultheiß, wenn Pfeiffer nicht sofort das Dorf verlassen werde er eingekerkert.“

In Unter-Sielmingen passierte ganz dasselbe, wie in Ober-Sielmingen und wurde auch da die Vertheilung der Stimmzettel verhindert. In Ober-Sielmingen begann die Wahl überdies erst am 10. erst um 11 Uhr und zwar wegen eines vorher stattgehabten Leichenbegängnisses.

Aus Schornhausen berichtet unser Delegirter Fink, daß ihn, als er Abends 6 Uhr in's Wahllokal kam, um die Stimmzettel zu erfahren, ein Beisitzer angefahren: „Wie können Sie so naseweis und led sein und hier bewohnen. Sie bekommen heute Abend doch noch Schlag.“ Ein zweiter Wahlbeisitzer drohte in gleicher Weise. Der Schultheiß stimmte alledem zu und gab den Beiden recht. Auch war in diesem Orte, wie noch in vielen anderen die Urne nicht verschlossen.

Als der Delegirte Sam in Bothenburg der Stimmzählung anwohnen wollte, wurde er zurückgewiesen, weil er „nicht daselbst

Eine Culturstudie.

(Aus der „Frankfurter Zeitung“.)

A corsaire corsaire et demi. Ein norddeutsches Blatt liefert zur rechten Zeit eine Glosse zu dem Federkrieg der Teutonen und Gallier. Es citirt Auslassungen der „Preussischen Jahrbücher“, einer Zeitschrift, die wir zwar nicht der „Revue des Deux Mondes“ gleichstellen möchten, die aber sicherlich in deutsch-nationalen Kreisen, wo man Wehrenpfennig's Gedanken für tief und von Zeitgeschichte's Stil für klassisch hält, über sie gestellt wird. Die „Preussischen Jahrbücher“ schrieben im Frühjahr 1875, in jener denkwürdigen Zeitphase, welche auf den Namen „Krieg in Sicht“ getauft ist, daß Deutschland den sich still vorbereitenden Allianzen zuvorkommen müsse, und sie sagten dann, damit über die Bedeutung des Wortes kein Zweifel walle, hinzu: „Das klingt ziemlich kriegerisch und ist doch nur der einfache Ausdruck des gesunden Menschenverstandes. . . . Friedrich der Große“, lautet das zur Unterstützung des Gesagten aus der Geschichte herbeigeholte Beispiel, „Friedrich der Große sah den dritten schlesischen Krieg lange voraus, aber er brach in Sachsen erst ein, als das Reich der europäischen Verschönerung nicht mehr anders zu zerreißen war. Wann für uns der Augenblick gekommen sein wird, wo wir Frankreich die Wahl zwischen Abkürzung oder Krieg stellen, kann nur der Reichkanzler mit Hilfe Wolke's entscheiden.“

Mit dieser Hindeutung auf einen kommenden Krieg, die zugleich dessen Begründung ist, war der Artikel des Prinzen Joinville in der „Revue des Deux Mondes“ gleich im Voraus quitt gemacht. Joinville hatte nur von Allianzen gesprochen, die „Preussischen Jahrbücher“ sprachen von Allianzen und von unvermeidlichem Krieg — „auf einen Corsar andershalben.“ Nur die Eiferlichkeit kann es dem französischen Admiral vormerken, daß er, ein neuer Triton, die nordische Ingeborg umwarb. Ohne Zweifel ist es beider Völker Recht, Allianzen zu suchen, nur sollte dann auch jedes dieses Recht gelten lassen und, wenn es davon Gebrauch macht, nicht das andere heuchlerisch der Friedensstörung anklagen. Ungleich verdienstlicher freilich würde es sein — darüber kann noch weniger ein Zweifel walten — wenn

welche sich weigern, an den Kämpfen des Friedens theilzunehmen, sagen: Ihr habt uns besiegt, indem Ihr uns überauscht, wie die Legionen des Varus, beinahe unbewaffnet. Aber unsere Kraft ist nicht erlahmt. Sie ist lebendiger denn je, und in diesen schönen Studien, auf die Ihr so stolz seid, deren Monopol Ihr Euch zuschreibt, sind wir Eure Vorgänger in der Bergangenswelt. Eure Rivalen in der Gegenwart, vorausgesetzt, daß wir nicht Eure Meister sind.“ Dielem stolzen Ausspruch folgt die beruhigende Versicherung: „Wir suchen Eure Verurtheilungen nicht herabzusetzen; Ihr habt solche, die Euch genug sind, daß wir uns vor ihnen verneigen, aber für die unsrer verlangen wir den Rang, der ihnen gebührt und den Ihr ihnen hartnäckig verweigert.“ Doch bei dieser Unparteilichkeit bleibt es nicht lange, es folgt ein Register von französischen Gelehrten, mit denen sich in ihren Fächern angeblich kein Deutscher vergleichen kann, und dann steigert sich die Darlegung des Herrn Charles Vouandre zu der patriotischen Ekstase: „Wir anerkennen, daß Ihr uns in einer gewissen Gattung unstrittig überlegen seid, um was wir Euch aber gar nicht beneiden. Ihr seid gebildet, Ihr lest unsere Bücher, auch diejenigen, die wir nicht lesen; Ihr spionirt sie aus, wie es zu Euren Gewohnheiten paßt und die Spionage gebührt Euch. . . . Die französische Seite wird unter Eurer Hand ein deutsches Buch, und so geht Ihr unsere Ideen weiter, hütet Euch dabei aber wohl, zu sagen, woher Ihr sie genommen habt. Die Theorie vom latrocinium honestum (dem erlaubten Diebstahl), welcher bei den Germanen, Euren Vorfahren, einen Theil der nationalen Erziehung ausmachte, wie Tacitus lehrt, wird von Euch unseren Philologen, Archäologen, Orientalisten gegenüber im Großen praktizirt, und habt Ihr diese unbarmherzig ausgeplündert, so organisiert Ihr die Verleumdung des Stillschweigens. . . . Das Kaiserreich hat Euer Biedelthum erhöht, indem es Euch zur Mitarbeit am „Leben Cäsar's“ herbeizog, Euch dekorirte und reichlich mit Pensionen belohnte, wie es das bei Rommen und Anderen that; aber wir machen uns jetzt von dieser Vormundschaft und werden nicht mehr, wie wir es so lange und in so naiver Weise gethan haben, unsere eingebildeten Väter am Fuße des Joles Irmenul aufspüren.“

(Schluß.)

anfällig" sei. Er ging, einen Wothnanger Wähler zu holen, als er aber wieder kam, war die Urne bereits ausgeleert, dieselbe war überdies den ganzen Tag unverschlossen. Ein Gemeinderath, Mitglied des Wahlvorstandes, zerriß einem Wähler den Hülmann'schen Zettel und händigte ihm einen solchen für Hölder ein. Auch wurden dazwischen, wie überhaupt in den meisten Orten des Oberamtes Stuttgart die Hölder'schen Zettel durch Polizeidiener in die Häuser gebracht.

In Viefach hat nach Aussage unseres Delegierten Kraus der Polizeidiener ausgehellt, daß Wahlzettel auf dem Rathhaus zu haben sind, derselbe hat auch solche Hölder'sche ausgehellt und einem Arbeiter vor dem Wahllokal seinen Zettel aus der Hand genommen und geöffnet.

Ensch und Daniel Moth sagen aus, das ihnen in Volanden verboten worden sei, der Jählung beizuwohnen, weil sie nicht dazwischen anfällig seien.

Schönleber und Morlok bezeugen, daß in der Vorstadt Berg der Schriftsetzer Kettner vom Wahllokal Hölder'sche Stimmzettel herunter gebracht und vertheilt hat. Ein nicht in der Liste befindlicher Wähler, der mit einem Hölderzettel in das Lokal kam, wurde nachträglich eingetragen und durfte stimmen.

Im Vororte Gahlenberg verbrannte die Wahlliste kurze Zeit vor der Wahl. Ohne darüber etwas zu veröffentlichen, wurde eine neue Liste hergestellt, die in Folge ihrer Mangelhaftigkeit massenhafte Abweichungen von der Wahlurne veranlaßte.

Im Wahllokal Krähenstraße in Stuttgart attackirte der Polizeidiener jeden, „ob er denn auch wahlberechtigt sei“. Im Wahllokal Reutenanstalt Stuttgart öffnete der Wahlvorsteher dem Arbeiter Hanke den Stimmzettel.

In dem hier gekennzeichneten Geiste war das Benehmen der Behörden mit wenigen Ausnahmen im ganzen Wahlkreise. Eine annähernde ziffermäßige Schätzung über den dadurch dem Gegenkandidaten Hülmann verursachten Stimmverlust ist darum gar nicht möglich und ausreichende Remedur nur durch Neuwahl zu schaffen.

Für das Wahlcomité der sozialdemokratischen Partei:
C. Arnold, L. Reusch, G. Wannenroth;
Cigarrenmacher.

Aus Rempen wird uns ferner mitgeteilt, daß am 14. d. M. wieder ein 12jähriger Knabe von einem Soldaten, der befaßt war mit der Handhabung der Wundärztlichen Posten, bei Gr. Nachbarn (Kreis Breslau) erschossen worden ist. Bei diesem Falle scheint nicht allein ein unglücklicher Zufall Schuld zu sein. Der Soldat zielte nämlich auf den Hund des Knaben und traf letzteren selbst. Es ist gewiß eine strafbare Unvorsichtigkeit, daß der Soldat auf den dicht neben den Knaben laufenden Hund schöß.

Den Gläubigen fehlt der — Glaube. Die conservative „Deutsche Reichspost“ bringt in ihrer Nummer 36 vom 13. Februar eine Correspondenz aus Pforzheim, die sich mit den Reichstagswahlen in Berlin und Hamburg beschäftigt. Es heißt da u. A., daß die Hamburger Liberalen im zweiten Bezirk allein 60,000 Mark für Parteizwecke ausgegeben haben, da der liberale Candidat dem Sozialdemokraten gegenüber aber nur 850 Stimmen Mehrheit erhielt, „jeder Stimmzettel dieser Mehrheit unter Brüdern 70 Mark 60 Pf. kostet“. Natürlich ist die „Reichspost“ von solch einem faulen Siege nicht sehr erbaut, sie gesteht zu, „daß im Kampfe zwischen Liberalismus und Sozialismus die größere Macht der Idee unbestreitbar auf Seiten des Sozialismus ist, daß, wenn der Kampf zwischen diesen beiden Richtungen lediglich auf sie allein beschränkt bliebe, dem Sozialismus der schließliche Sieg bleiben müßte.“ Der betreffende Artikel schließt mit dem Troste: „Uns scheint es, es stünde bedenklich um unser Reich, wenn sie (die Liberalen) dessen einzige Stütze wären.“ Nun, wir haben wirklich nicht die mindeste Veranlassung, dem „Reich“ darum zu großen, wenn es an Stelle der mehr gewordenen liberalen „Stütze“ sich eine conservative einsetzt, was doch die „Reichspost“ etwas verschämt zu verstehen giebt, dieselbe „Reichspost“, welche jüngst in einem Leitartikel ausführte, „daß nichts der von Gott gewollten Individualität, d. h. Verschiedenheit aller Individuen in der geschaffenen Welt, weniger entspricht, nichts die thörichte Doktrin der Sozialisten von der Gleichheit aller Menschen mehr begünstigt hat, als die unbedingte Gleichberechtigung aller Staatsbürger nach dem jetzigen Wahlgesetze.“ — Doch sahen wir weiter fort im Texte! In derselben Nummer der „Reichspost“ wird sich zu wiederholten Malen bitter beklagt über die atheistischen Vorträge unseres Genossen Dr. Dull in Stuttgart. Dieses conservative Klageblatt schließt folgendermaßen: „Der Einsender nimmt keinen Anstand zu bekennen, daß er angesichts solcher und ähnlicher Vorkommnisse an der Zukunft unseres

Der Glaube an den persönlichen Teufel ist noch nicht verschwunden; selbst die Gelehrten der „Provinzial-Correspondenz“, das halbamtliche Organ der preussischen Regierung, geben sich den Ausschweifungen hin, um politische Wahnvorstellungen zu treiben — als ob sie an den persönlichen Teufel glaubten. In einem Leitartikel gegen die Sozialdemokratie heißt es nämlich wörtlich: „Ebenso wie der Teufel, haben die Sozialdemokraten aller Religion Teufelskraft erklärt. Auf eine Anklage wegen Gotteslästerung erwidert ihr Blatt: „Als ob Gott, der bekanntlich gar nicht existirt, noch gelästert werden könnte!“ — „Wenn für unsere Bestrebungen Nutzen daraus entstünde,“ versichert der Sozialdemokrat Haselecker, „würden wir getrost die Hand des Teufels annehmen.“

Ganz abgesehen davon, daß der Satz, den Haselecker in einer Versammlung zu Berlin einmal gesprochen und der sich auf die angebliche Verbindung der Rothen und Schwarzen und auf das allgemeine gleiche Wahlrecht, aus der Hand des Herrn von Bismarck empfangen, bezog, völlig aus dem Zusammenhange gerissen ist, hat derselbe doch nur eine biblische Bedeutung. „Das Gute mag herkommen, von wem es will; es wird nimmermehr schlecht werden, wenn nur die Empfänger gut bleiben.“ — das ist der einfache Sinn jener Worte, der aber auch in der betreffenden Rede hinzugefügt worden war, selbstverständlich, um von der Hegeret betreibenden „Provinzial-Correspondenz“ todtschwiegen zu werden. Alle Votalschriften sollen nun gleichfalls auf den persönlichen Teufel herein und beduciren an dem obigen Ausspruch die Gottlosigkeit Haselecker's. Der „Westfälische Telegraph“ ist ganz entrüstet und schreibt folgendermaßen:

Der bekannte Parteiführer Haselecker — leider ein Westfale — sagt: „Wenn für unsere Bestrebungen Nutzen daraus entstünde, würden wir getrost die Hand des Teufels annehmen.“ Auch da nicht jeder wohlbedenkende Mensch ausfinden und sich schämen, daß es in unserem Lande eine derartige Partei geben kann?

Gegen die Klerikalen ist der Kulturkampf eröffnet worden — wäre es nicht gescheiter gewesen, denselben zunächst gegen die „Provinzial-Correspondenz“ zu eröffnen, welche das Mächtigste im Volksverderbnishandwerk leistet? Merkwürdig genug ist nur, daß die „Provinzial-Correspondenz“ oft genug auf höheren Befehl gegen den Aberglauben (Kampfer Wunderglauben) zu Felde zieht und nun selbst den persönlichen Teufel an die Wand malt. — Und das schämt sich nicht einmal!

Vollstet verzweifelt; unsere ganze Zeit und Gesellschaft treibt unaufhaltsam dem Abgrunde zu, und diese Bewegung wird nicht eher stille stehen, als bis Alles in Trümmern liegt. Dixi et salvavi animam meam (Ich hab's gesagt und meine Seele gerettet).“ Daß mit diesem „Abgrunde“ die Sozialdemokratie gemeint ist, geht aus dem ganzen Artikel unzweideutig hervor. Nun, ein großer Dichter sagte einmal, daß neues Leben aus den Ruinen blüht. Wenn auch die Leute von der „Reichspost“ davon nichts wissen wollen, so sind ihnen ja die Porten des Himmelreichs geöffnet. Einem solch hoffnungslosen Pessimismus aber sich hinzugeben, paßt doch für sie wahrlich nicht. Leb denn der „alte Gott“ etwa nicht mehr?

Unterthanenklaffen. Wie oft hat man von den liberalen Oekonomen hören können, daß es gar keine Klassen in der Bevölkerung gebe. Die Königin von England, resp. ihre Minister sind anderer Ansicht, wie folgende Antwort auf eine Adresse des Parlaments beweist: „Ich danke Ihnen aufrichtig für Ihre loyale und unterthänige Adresse. Ich baue mit Zuversicht auf ernste Erwägung der Maßregeln, die man Ihnen unterbreiten wird, und ich werde stets bereit sein, mich Ihnen in dem Bestreben, die Gerechtigkeit und Wohlfahrt aller Klassen meiner Unterthanen zu fördern, anzuschließen.“ — In England ist nämlich Manches schon dem blödesten Auge sichtbar, was man in Deutschland aus Unwissenheit oder persönlichen Interesse noch zu leugnen sucht.

Ferdinand Weidemann aus Hamburg, der Vorsitzende der Gewerkschaft der Tischler und verwandter Berufsgenossen, wurde bekanntlich in Crefeld Anfangs Januar während der Wahlagitiation wegen angeblicher Majestätsbeleidigung verhaftet und nach Düsseldorf transportirt. Das Gericht erster Instanz hat Weidemann freigesprochen; doch wurde, da der Staatsanwalt appellirte, auf Antrag des Regenten Weidemann in Haft behalten, bis zum neuen Termin. Da gar kein genügender Grund zu einer Verurtheilung wegen Majestätsbeleidigung vorliegt, wird unser Freund gewiß auch in zweiter Instanz freigesprochen werden. Wer aber entschädigt ihn dann für die unglücklich erlittene Haft? — Uns ist noch besonders befremdlich, daß dasselbe Gericht, welches von Weidemann's Unschuld vollständig überzeugt sein mußte, da es denselben freisprach, dem Antrage des Staatsanwalts stattgab, den Weidemann noch ferner bis zum Appellations-Termin in Haft zu halten.

Dr. Johann Jacoby soll, wie die „Frankfurter Zeitung“ mittheilt, bedenklich erkrankt sein.

Parteigenosse Vock in Gotha ist am 20. d. M. wegen Beleidigung eines Pfaffen zu 150 Mark Geldstrafe event. 30 Tagen Gefängniß und in die Kosten verurtheilt worden, und zwar, wie nicht unerwähnt bleiben darf, in contumaciam — weil er zwei Minuten zu spät zur Verhandlung eintraf.

Der alte Abgeordnete Gerlach ist überfahren worden und am 19. Februar an der bei dem Unfall erhaltenen Kopfverwundung verstorben. Die Mitglieder des preussischen Herrenhauses ehren sein Andenken durch Aufstehen von ihren Sitzen.

Die „Neuen Gedichte von Georg Herwegh“ sind in Berlin auf Befehl des Polizeipräsidenten mit Verschlag belegt worden.

Correspondenzen.

Dresden. Nachdem die Wahlen vorüber, erachte ich es für meine Pflicht, den Genossen in Deutschland ein Gesamtbild der Wahlbewegung und der Erfolge in den ersten acht sächsischen Wahlkreisen zu geben. Schon im Juni vergangenen Jahres fand eine Konferenz von Delegirten aus den ersten acht sächsischen Wahlkreisen statt, die sich eines guten Zuspruchs zu erfreuen hatte. Leider entspricht der Erfolg, mit Ausnahme des vierten, fünften und siebenten Wahlkreises, nicht unseren Erwartungen. Im ersten Wahlkreis (Zittau) haben wir sogar einige hundert Stimmen weniger als bei der vorigen Wahl erhalten. Das lag aber an lokalen Verhältnissen in Zittau. Unser eigentlicher Boden ist Zittau und Umgegend; nun hatte man diesmal dort einen Zittauer, den Buchdruckereibesitzer Frankel, als Candidaten aufgestellt; dieser that sehr arbeiterfreundlich, verhielt sich auch der sozialistischen Agitation gegenüber in seinem Blatte, der „Zittauer Morgenzeitung“, anständig. Deshalb gingen uns also Stimmen verloren, die auf Frankel fielen. Wir hatten bei der Stichwahl die Entscheidung in der Hand und Schreiber dieses bedauert es trotzdem, daß unsere Genossen nicht Frankel zum Siege verhelfen, da es uns vor allem hätte darauf ankommen müssen, den „erbgeerbten“ Abgeordneten, einen der servilsten Nationalliberalen, Rittergutsbesitzer Dr. Pfeiffer, zu verdrängen. — In Zittau haben wir gar keine Stimmen erhalten, es fehlte an jeder Verbindung. Zittau und Zittau sind nun zwei Kreise mit starker Hausindustrie; es herrscht dort großes Elend, es fehlt aber an agitatorischen Kräften wie an Geld. Diese Kreise sind zu gewinnen, wenn dort gearbeitet wird; mit Dresden existirt eine zu schlechte Bahnverbindung, als daß von da aus viel gesehen könnte. — In Bautzen-Kamenz haben wir ein halbes Tausend Stimmen mehr erhalten, als vor drei Jahren, die wenigen Industrieorte ergaben meist Mehrheiten für den sozialistischen Candidaten, aber zu diesem Kreise gehört der größte Theil der sogenannten „weniglichen“ Dörfer, wo allein der Regierungseinfluß maßgebend ist, weshalb in diesem Kreise immer ein sächsischer Regierungscandidat gewählt werden wird — und ein solcher ist der gewählte Rittergutsbesitzer Reich „auf“ Vieta, dessen Candidatur schon zweifelhaft geworden war, weil er in einem Vergnügungsverein Maitre de Plaisir ist und man noch nicht wußte, wo Erbsen gefunden werden sollte — wenn Reich im Reichstage sitzen sollte. Doch Erbsen muß sich ja gefunden haben, denn Reich wurde aufgestellt und — gewählt. Die Nationalliberalen und Fortschrittler stimmten einstimmig für Reich. Der frühere Abgeordnete war „Exzellenz“ von Rottz-Wallwitz, Minister des Innern — unsere höchste Instanz für „Ausweisungsangelegenheiten“. Die vielen Referatsentscheidungen in Ausweisungsangelegenheiten mußten wohl der Exzellenz die Zeit rauben, so daß sie es ausgab, doppelt gesetzgeberisch thätig zu sein, — einmal durch Einfluß auf den Bundesrath und als Abgeordneter.

Das schlechteste Resultat hatten wir im achten Wahlkreise, Birna u. c., wo wir circa 800 Stimmen verloren, d. h. wir erhielten ca. 750 und hatten vor drei Jahren ca. 1550 Stimmen. Es wurde im Ganzen in diesem Kreise wenig agitiert, gute Kräfte waren gerade vor den Wahlen fortgezogen; wir in Dresden brachten unsere Kräfte für uns, trotzdem brachten wir Opfer an Geld. Der Kreis hat sehr wenig Industrie, und so kam es, daß der Wahlkampf hauptsächlich zwischen Conservativen und Fortschrittler geführt wurde, wobei Letztere siegten. — Höchst

überraschend war das Resultat im sechsten Wahlkreise (Großhain-Neichen-Riesa). Dort stiegen unsere Stimmen um ca. 3000. Genosse Nauert, der erst in letzter Stunde aufgestellt worden war, hatte weder gearbeitet und mit ihm unsere Großhainer und Neichen Genossen. In Riesa, einem Orte, wo Versammlungen abzuhalten unmöglich ist, erhielten wir die absolute Mehrheit, in Großhain die meisten Stimmen, in Neichen wieder die absolute Mehrheit. — Als Curiosum verdient erwähnt zu werden, daß gegen den Candidaten und früheren Abgeordneten Prof. Richter aus Tharandt, der freiconservativ ist, ein Nationalliberaler Namens Scheller candidirte. Ludwig Wolff förderte die Candidatur Richter's und veranlaßte die Gewerksvereine sogar, für Richter auf den Dörfern in Versammlungen zu agitieren; die Gewerksvereine haben sich dadurch in Großhain gänzlich todt gemacht. Ludwig Wolff, Bürgermeister in Großhain, ist so „beliebt“, daß das dortige Bürgerthum, eben weil Ludwig für Richter eintrat, mehrere hundert Stimmen für Scheller abgab, während Richter eine klägliche Stimmenanzahl erhielt. Richter konnte mit Recht ausrufen: „Gott bewahre mich vor diesem Freund!“ Wird in diesem Wahlkreise in den bevorstehenden drei Jahren tüchtig agitiert, so ist dessen Eroberung in der Zukunft nicht ausgeschlossen. — Der sechste Wahlkreis (Blauenfelder Grund — Dresden Land) erfüllte unsere Erwartungen nicht. Wir haben wohl mehr Stimmen erhalten, aber der Candidat der Conservativen, Ademann, hat über 2000 Stimmen Mehrheit behalten. Die Dörfer um Dresden, die sich seit 1874 in der Einwohnerzahl meist verdoppelt haben, ergaben erdrückende Mehrheiten für unseren Candidaten Auer, während wieder die Gegenden, wohin noch keine Bahn fährt und die gänzlich unter Regierungseinfluß stehen, Mehrheiten für Ademann abgaben. Aber die Vergarbeiter haben nicht so gestimmt, wie wir erwarteten, die Mehrheiten waren zu gering. — dort wirkte der ganze Apparat der Offizianten, um die Stimmen für unsern Candidaten zu verringern. Und die Vergarbeiter sind so abhängig und fühlen sich in Folge der Knappschaffsbanden so gedrückt, daß sie ihrer Ueberzeugung nicht gehörigen Ausdruck gaben. — Im vierten Wahlkreise (Neustadt-Dresden) war das Resultat für die herrschenden Kreise sehr überraschend — für uns nicht. Es hat in ganz Sachsen Erstaunen hervorgerufen, daß wir im Neustädter Theile die Mehrheit davontrugen, doch konnte dies nur deshalb geschehen, weil man die Entwicklung von Dresden nicht gehörig beobachtete. Dresden-Neustadt hat ungeheuer an Einwohnerzahl zugenommen, und sind das meist Arbeiter und Kleinbürger gewesen. Dort candidirt und ist seit zehn Jahren gewählt worden das alter ego (andere Ich) der sächsischen Regierung, der General-Staatsanwalt Schwarze, in neuester Zeit vom österreichischen Kaiser geachtet. Es fehlte nicht viel und v. Schwarze hätte kein Mandat gehabt. Unsere Stimmen wuchsen um 2500, die v. Schwarze's nur um einige Hundert, und mit nur 1400 Stimmen Mehrheit siegte derselbe, für den die Fortschrittler aus Freundschaft für die Regierung stimmten, und die Nationalliberalen stimmten auch für denselben, war doch v. Schwarze einer der Faisseurs beim Justizcompromiß. In den Industriebezirken Bieschen, Neudorf und Umgegend war die Mehrheit für unseren Liebtnecht erdrückend; Verwunderung erregte es, daß in Kötzschenbroda, in der Gegend u. c. — Orte, in denen sich Villa an Villa reiht — Liebtnecht die Mehrheit erhielt. Es ist dies nur zu erklärlich, dort stimmte der gesamte Kleinbürgerstand für uns, weil in solcher Gegend der Kleinbürger die Aermlichkeit seiner Existenz doppelt fühlt. Die Bauern stimmten zur Hälfte für Liebtnecht, trotz aller Beeinflussungen durch die Gemeindevorstände. Aber gerade die Städte Radeberg, Radeburg, Augustusbad und Umgegend und die prachtvoll gelegenen Elbdörfer gaben den Ausschlag für Schwarze. In den Städten lassen sich keine Versammlungen abhalten; so ist in Radeberg absolut kein Saal zu erhalten, in den Elbdörfern halten die Villenbesitzer die Kleinbürger noch ganz in Abhängigkeit, und die Arbeiter, meist in Dresden beschäftigt, konnten am 10. Januar, da in Folge des Winters die Bahnverbindung gestört war, meist nicht bei Zeiten zur Abstimmung zu Hause sein. Der Kreis bietet trotzdem große Hoffnungen, da nach Neustadt noch eine dritte Brücke gebaut wird, ferner da durch die in der Nähe von Neustadt entstehende Kaiserensiedlung sehr viel Kleinbürgerthum und Arbeiter herübergezogen werden, — überhaupt wird dort stark gebaut und ist auf eine bedeutende Vermehrung der arbeitenden Volkskreise zu rechnen, während die Rentiers, Pensionäre u. c. immer mehr in die Elbdörfer gedrängt werden.

Das geistige Leben Dresdens concentrirt sich aber in der Altstadt — auf die Altstadt lenkten wir unsere ganze Kraft und, wie unsere Genossen ja schon erfahren haben, mit Erfolg. Noch steht Dresden unter dem Einbruche, den die Wahl Bebel's hinterließ; die Nationalliberalen schimpfen wie die Rohrsperrlinge, die Fortschrittler fangen von neuem zu arbeiten an, indem sie Vortragsabende veranstalten — ohne Diskussion — Diskussion vertragen die Herren nicht, da ziehen sie den Kürzeren. Als vor der Wahl ihr Candidat, der frühere Abgeordnete Windisch, öffentliche Versammlungen abhielt, wo nur „Fragen“ gestattet waren — gelang es dennoch mehreren Genossen und vorzüglich Kasper und Kleinig, Windisch auf den Sand zu legen, und selbst unser Amtsblatt schrieb: „Die Fortschrittler halten Versammlungen — für die Sozialdemokraten.“ — Die Conservativen, obwohl sie, da sie den nationalliberalen Candidaten Mayhoff unterstützten, mitgeschlagen wurden, schmunzeln, weil sie denken, nun werde das nächste Mal ein Conservativer der Candidat der vereinigten „Ordnungsmänner“ sein — ja sie haben schon, wie ihre Blätter schreiben, einen Candidaten in Aussicht, und man munkelt, es sei der Exminister v. Friesen — doch wir wollen es abwarten. Wir kämpfen einfach fort, — vorläufig agitiert der Staatsanwalt mit für uns. Kasper sitzt gegenwärtig, dann schweben 4 Monate Gefängniß, neulich wurden ihm 12 Wochen 5 Tage zudiktirt wegen Beleidigung eines Referendars und angeblicher „Annahme eines öffentlichen Amtes“, außerdem befindet sich noch ein Prozeß in der Schwebe. So werden die Kaiser'schen Handlangerdienste — Kasper wurde neulich von hiesigen Blättern „Handlanger Bebel's“ genannt — belohnt.

Sehr erfreulich ist der Aufschwung des „Volksboten“. Seit Anfang Dezember wird derselbe hier gedruckt und in Folge der Wahl Bebel's kam eine so starke Abonnentenzunahme, daß derselbe gegen früher im doppelt größeren Format erscheint. Wir haben hier viel Arbeit vor uns — wir haben aber einen guten Boden: Arbeiter, die, wenn sie sich überhaupt mit öffentlichen Fragen beschäftigen, nur zu uns gehören — hier muß also nur gerüttelt werden — ein freisinniges Kleinbürgerthum, das in Folge unserer ökonomischen Entwicklung bis zum Rinn im Wasser steht, und einen intelligenten Bauernstand. Für uns heißt's aber immer: „Vorwärts!“

Leipzig. Sonnabend den 10. Februar feierte der hiesige Arbeiter-Bildungsverein sein 18. Stiftungsfest. Obgleich wir mit Genußnahme constataren können, daß alle vom Verein veranstalteten Festlichkeiten seitens der Mitglieder und Freunde desselben zahlreich besucht werden, so übertraf doch das dies-

Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchhandlung in Leipzig